

P r o t o k o l l

Über die Koalitionsbesprechung am Donnerstag, den 18. Juni 1959,
10 Uhr, im kleinen Ministerratszimmer im Bundeskanzleramt.

Anwesend:

Ö V P : Ing.Raab, Dr.Maleta, Dr.Gorbach, Dr.Kamitz, Weinberger,
Kraus, Prinke.

S P Ö : DDr.Bruno Pittermann, Oskar Helmer, Dipl.Ing.Waldbrunner,
Olah, Dr.Kreisky, Slavik, Probst.

R a a b

eröffnet und begrüsst. Er teilt mit, dass die Bundesparteileitung der ÖVP seinen Vorschlag auf einen SPÖ-Finanzminister nicht angenommen, sondern abgelehnt hat. Er mache nun zwei Vorschläge:

- 1.) dass Aussenministerium für die SPÖ und einen Staatssekretär im Finanzministerium.
- 2.) Aussenministerium für die SPÖ und in jedem Ministerium einen Staatssekretär, immer von der anderen Partei als von der woher der Minister kommt.

Auf eine Frage P r o b s t meint er, Bundeskanzleramt sei dabei ausgenommen.

G o r b a c h

stellt an PITTERMANN die Frage, welche Kompetenzen er als Vizekanzler begehrt.

P i t t e r m a n n

verweist auf unsere Zustimmung Raab's vom Freitag, den 12. Juni, es waren eigentlich zwei Vorschläge:

- a) dass Angebot an uns für einen Finanzminister;
- b) der Rücktritt Raab's, wenn er mit seinem Vorschlag in der Bundesparteileitung nicht durchkommen wird.

R a a b

stellt fest, dass er von einer Genehmigung durch die Bundesparteileitung gesprochen habe. Wenn aber die SPÖ auf den zweiten Teil seines Vorschlages vom Freitag, den 12. Juni beharrt, so stehe er einer zukünftigen Koalition nicht im Wege.

G o r b a c h :

Wir haben einen Beschluss und Auftrag der Bundesparteileitung, den das Verhandlungskomitee und Raab bekommen haben. Er lautet:
Kein Finanzminister für die SPÖ, aber weiter Verhandeln.

M a l e t a und W e i n b e r g e r

verweisen darauf, dass Raab beim Bundespräsidenten war und ihm berichtet hat.

P i t t e r m a n n :

Selbstverständlich ist es das gute Recht Raab's mit dem Herrn Bundespräsidenten zu sprechen, doch müssen Koalitions- und Regierungsbildungsverhandlungen mit uns ~~besprochen~~ ^{geprüft} werden.

R a a b :

Wollen Sie erklären, mit mir nicht mehr verhandeln zu wollen?

P i t t e r m a n n :

Wir sind heute gekommen um von Ihnen zu hören, was die Bundesparteileitung gesagt hat und ob sie Ihren Vorschlag vom 12. Juni, der aus zwei Teilen besteht, aufrecht erhalten.

W e i n b e r g e r :

Das Angebot auf einen SPÖ-Finanzminister war nur eine "erweiterte Anregung" und nicht eine feste Zusage.

P r i n k e :

Auch er muss erwähnen, dass ausdrücklich von einer Zustimmung durch die Bundesparteileitung gesprochen worden ist.

R a a b :

Wenn Sie der Entscheidung der Bundesparteileitung nicht zustimmen, so werde ich, Raab, die Konsequenzen ziehen.

P i t t e r m a n n :

Ich stelle neuerlich fest, dass wir um Aufklärung gebeten haben und um die Mitteilung, ob die Bundesparteileitung ihre Zustimmung gegeben hat oder nicht. Auf reine Zeitungsmeldungen können wir schliesslich und endlich nicht gehen.

P i t t e r m a n n

will weiters wissen, was nach dem Vorschlag zwei, den heute Raab gemacht hat, die Staatssekretäre eigentlich sein sollen. Sollen sie nur mit ihrem gegenwärtigen verfassungsmässigen Aufgaben betraut sein oder sollen sie mehr Kompetenzen erhalten?

G o r b a c h :

Wir könnten eigentlich ausgehen vom Annex des letzten Koalitions-paktes für die Staatssekretäre im Inneren und Landesverteidigungsministerium.

W e i n b e r g e r :

Wir gehen eigentlich auf unseren Vorschlag von Ressortsvergebungen zurück, den wir Ihnen schriftlich gegeben haben. Er wird ergänzt durch einen Staatssekretär der SPÖ für Finanzen.

K r e i s k y :

Wenn ich Ihren heutigen Vorschlag Nr.2 richtig verstehe, so heisst das, Aussenministerium plus je fünf Staatssekretäre für ÖVP und SPÖ. Das wird vom ÖVP-Verhandlungskomitee bejaht.

P i t t e r m a n n :

Wir haben von allem Anfang an weniger über die Ressortaufteilung gesprochen, als über das Gleichgewicht das in der Regierung in solcher Hinsicht erzielt werden muss. Wir haben die Vereinbarung am 12.6. mit Ihrem Vorschlag auf Treu und Glauben gemacht.

R a a b :

Was stellen Sie sich eigentlich unter dem Gleichgewicht vor? Für alle Staatssekretäre müssen die ~~xxx~~ gleichen Rechte gelten. Machen Sie, die SPÖ, nun einen Ressortvorschlag über den wir verhandeln können.

H e l m e r

stellt fest, dass für das Kommuniqué vom Freitag, den 12.6. Kamitz besondere Vollmachten und Kompetenzen für einen ÖVP-Staatssekretär im Finanzministerium wollte, wenn der Minister von der SPÖ gestellt wird.

G o r b a c h :

Es wird schwer sein, wenn nicht unmöglich, für die Staatssekretäre neue Rechte festzulegen. Die Bereitschaft bei uns ist nicht vorhanden.

P i t t e r m a n n :

Wenn ein Staatssekretär nur formelle Rechte bekommen würde und seine Arbeit nur in der Benützung eines kleinen Büros und eines Dienstwagens bestehen würde, ist uns das zu wenig.

Pittermann will neuerlich genau wissen und bittet um die Feststellung, ob nun der alte Vorschlag mit der Ressortaufteilung im Brief vom 4.6. hinfällig ist oder nicht.

R a a b :

Der Vorschlag im Brief vom 4.6. bleibt aufrecht, wird aber ergänzt durch seine Vorschläge die er am Anfang der Sitzung gemacht hat.

M a l e t a :

Aber es ist möglich, dass wir für die Staatssekretäre auf dem Boden der Vereinbarung 1956 verhandeln.

P i t t e r m a n n :

Wir haben Ihnen aber am 9.6. einen Brief geschrieben, auf diesen jedoch keine Antwort erhalten. Sie haben lediglich am 12.6. mit dem Angebot auf einen SPÖ-Finanzminister geantwortet. Sonst haben wir von Ihnen keine Antwort erhalten.

Weiters stellt PITTERMANN fest, dass die ÖVP anscheinend der Ansicht ist, dass alle Verwaltungsänderungen, die nach den Wahlen 1956 vorgenommen worden sind, aufrecht bleiben sollen.

Es wird v e r e i n b a r t, kein Kommuniqué herauszugeben.

Nächste Sitzung Montag, den 22.6. 17 Uhr.

Curia 10 25

Proba